

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**37. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung  
(Wahlperiode 2013-2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.07.2017
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:00 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2-6, 23560 Lübeck

**Anwesende Mitglieder****Vorsitz**

Herr Hans-Jürgen Schubert - grün+alternativ+links (GAL)
---

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN
--

Herr Aydin Candan - SPD
-------------------------

Vertretung für: Herrn Frank Zahn
-------------------------------------

Herr Dr. Marek Lengen - SPD
-----------------------------

Herr Jochen Mauritz - CDU
---------------------------

Frau Heidemarie Menorca - CDU
-------------------------------

Frau Ulrike Siebdrat - SPD
----------------------------

Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
------------------------------

Herr Oliver Dedow - BfL
-------------------------

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Joachim Hess - CDU
-------------------------

Herr Christoph Otte - SPD
---------------------------

Frau Liane Rütger - CDU
-------------------------

Vertretung für: Herrn Paul-Gerhard Röttger
---

Herr Olaf Wegner - BfL
------------------------

Herr Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER&DIE LINKE
--

Herr Rolf Müller - FDP
------------------------

**Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion**

Herr Rolf Klinkel - grün+alternativ+links (GAL)
---

Frau Katja Mentz - grün+alternativ+links (GAL)
--

<b>Verwaltung</b>	
Herr Senator Ludger Hinsen	FBL 3
Frau Dr. Olga Koop	FBC 3
Frau Angela Neitzke	FBC 3
Frau Melanie Wöhlk	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Frau Claudia Sonntag	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Hans-Joachim Glaser	3.340 - Standesamt
Herr Bernd Neumann	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Frau Michaela Maurer	5.660 - Stadtgrün und Verkehr
Frau Kaisu Wittholz	PR FB 3

<b>Protokollführung</b>	
Herr Maik Schneider-Wendt	FBD 3

<b>Sonstige Personen</b>	
Herr Fries-Pieter Friese	Seniorenbeirat
Herr Heinz-Jürgen Riekhof	Forum für Migrantinnen und Mi- granten
Herr Klaus-Dieter Zander	Seniorenbeirat

### **Entschuldigte Mitglieder**

<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Herr Frank Zahn - SPD	entschuldigt

<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt

# Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil:

<b>1.</b>	<b>Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
<b>2.</b>	<b>Feststellung der Tagesordnung</b>
<b>3.</b>	<b>Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.06.2017</b>
<b>4.</b>	<b>Mitteilungen</b>
<b>4.1.</b>	<b>Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden</b>
<b>4.2.</b>	<b>Mitteilungen der Fachbereichsleitung</b>
4.2.1.	Baumpflege Untertrave
4.2.2.	Ergebnisse des 1. Zwischenberichts 2017 für den FB 3
4.2.3.	Borkenkäfer in Lübecker Wäldern
4.2.4.	Service Stadtteilbüros
4.2.5.	Stadtverordnung über öffentliche Sicherheit und Ordnung
<b>4.3.</b>	<b>Beantwortung von Anfragen</b>
4.3.1.	Anfrage AM Rüdiger Hinrichs: Kommunale Versorgung mit Notstrom Vorlage: VO/2017/05060
<b>4.4.</b>	<b>Überweisungen aus der Bürgerschaft</b>
4.4.1.	Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz – Einberufung eines Runden Tisches - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" VO 5030 Vorlage: VO/2017/05142
4.4.2.	Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Travemünder Allee - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5108 Vorlage: VO/2017/05144
4.4.3.	Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD VO 5119 Vorlage: VO/2017/05145
4.4.4.	Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrums (MAZ) - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der CDU-Fraktion VO 5121 Vorlage: VO/2017/05146
4.4.5.	Lübeck auf dem Weg zur pestizidfreien Kommune -Artensterben aufhalten, Insekten schützen - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" VO 5068 Vorlage: VO/2017/05147

4.4.6.	Aktionsplan Bienenschutz für Lübeck - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5029 Vorlage: VO/2017/05148
<b>5.</b>	<b>Anträge</b>
5.1.	AM Hans-Jürgen Schubert (GAL): Umsetzungsstand Stellenbesetzung und Einführung Bürgerkoffer Vorlage: VO/2017/05130
5.2.	AM Hans-Jürgen Schubert (GAL): Wildblumenwiese an der Drehbrücke Vorlage: VO/2017/05131
<b>6.</b>	<b>Vorlagen</b>
6.1.	Ersatzbeschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs für die Feuerwehr Vorlage: VO/2017/05085
<b>7.</b>	<b>Berichte und Antworten</b>
7.1.	3. Zwischenbericht 2016 und Jahresbericht 2016 zu den Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten Vorlage: VO/2017/04978
<b>8.</b>	<b>Neue Anfragen und Verschiedenes</b>
8.1.	Anfrage Frau Mählenhoff - Bauschutt Volksfestplatz
8.2.	Anfrage AM Mauritz - G20 Vorlage: VO/2017/05162
8.3.	Anfrage Frau Menorca - Aufgabenverteilung Polizei/Kommune
8.4.	Anfrage Frau Menorca - Zugang zu verschlossenen Grundstücken (Einsatz Feuerwehr)

Nichtöffentlicher Teil:

<b>9.</b>	<b>Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 20.06.2017</b>
<b>10.</b>	<b>Mitteilungen</b>
<b>11.</b>	<b>Vorlagen</b>
<b>12.</b>	<b>Berichte und Antworten</b>
<b>13.</b>	<b>Neue Anfragen und Verschiedenes</b>

Öffentlicher Teil:

<b>14.</b>	<b>Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
------------	---

Öffentlicher Teil:

## zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schubert eröffnet die 37. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Mauritz beantragt die Vertagung der TOP zum Mineralstoff-Aufbereitungszentrum - MAZ (TOP 4.4.1 bis 4.4.4) auf die nächste Sitzung, da dann Vertreter des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) anwesend seien. Herr Schubert bittet um Vervollständigung des per E-Mail erarbeiteten Fragenkatalogs und Zusendung ans LLUR. Dieser könne in der Septembersitzung mit abgearbeitet werden. Diesbezüglich bittet Herr Dr. Lengen um Zusendung der Antworten, zeitnah vor der nächsten Sitzung, um sich rechtzeitig vorbereiten zu können. Herr Hinsen merkt an, dass man den Wunsch gern weitergebe, das LLUR aber nicht zur schriftlichen Beantwortung verpflichtet sei.

Frau Menorca hält aufgrund der Grundstücks- und Mietverhältnisse auch die Teilnahme der KWL für erforderlich.

Herr Müller wünscht eine Information, wer welche Überwachungs- und Kontrollfunktionen in Bezug auf das MAZ innehat.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert fragt nach, ob es zum nichtöffentlichen Teil der Niederschrift beratungsbedarf gebe.

Keine Wortmeldung.

Da es zum nichtöffentlichen Teil der Niederschrift keinen Beratungsbedarf gibt und keine weiteren nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, beantragt Herr Schubert, nur einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung herzustellen, wenn sich während der Sitzung nichtöffentlicher Beratungsbedarf ergibt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## zu 3 Feststellung der Niederschrift (gesamt) vom 20.06.2017

Herr Dr. Lengen merkt an, dass auf Wunsch des nicht anwesenden Herrn Zahn die Niederschrift wie folgt (kursiv) ergänzt werden solle:

zu Pkt. 9.3: (letzter Absatz)

*„... beraten worden sei, und fordert den Senator auf, gegen offenkundige Verstöße, wie Lärm- oder Staubbelastungen, sowie Verstöße gegen weitere Auflagen von Amts wegen*

*aus vorzugehen und den Betreiber ggf. zu sanktionieren. Der Bürger könne verlangen, dass die HL gegen Auflagenverstöße juristisch vorgehe.“*

zu Pkt. 9.5: (letzter Absatz)

*„Herr Zahn bittet für die nächste Sitzung um Bekanntgabe der momentanen rechtlichen Einschätzung. Er verstehe nicht die Verzögerung durch den Senator, schließlich gäbe es bereits solche Verordnungen - auch in Schleswig-Holstein -.“*

Herr Hinsen teilt mit, dass sich verwaltungsintern niemand an diese Äußerungen erinnern könne. Herr Schubert und Herr Müller können sich ebenfalls nicht daran erinnern.

Der Ausschuss stellt die gesamte Niederschrift bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **1** - Stimmenthaltung einstimmig fest.

## **zu 4      Mitteilungen**

### **zu 4.1      Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Es liegt nichts vor.

### **zu 4.2      Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

#### **zu 4.2.1      Baumpflege Untertrave**

Frau Maurer berichtet über die baumpflegerischen Maßnahmen an der Untertrave.<sup>1</sup>

Fragen der Ausschussmitglieder (AM) Mählenhoff, Wegner, Schubert, Menorca und Müller beantwortet Frau Maurer.

Abschließend bietet Frau Maurer dem Ausschuss an, einmal grundlegend über die Arbeitsweise des Bereichs Stadtgrün und Verkehr in Sachen Baumpflege, Baumkontrolle und Baumfällungen mündlich zu berichten. Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 4.2.2      Ergebnisse des 1. Zwischenberichts 2017 für den FB 3**

Frau Dr. Koop teilt mit, dass der Fachbereich 3 auf die Druckvorlage des 1. Zwischenberichts 2017 verzichte und die Änderungen mündlich vortrage. Diese Verfahrensweise sei mit dem Zentralen Controlling angestimmt. Der 1. Zwischenbericht sei vom Hauptausschuss am 27.06.2017 zur Kenntnis genommen worden.

Es seien im 1. Zwischenbericht 2017 für das Zuschussbudget Mehrerträge im Rettungsdienst in Höhe von 24 TEUR gemeldet worden. Auf der Leistungsebene gebe es Änderungen in zwei Produkten.

Für das Produkt Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz würden mehr Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen prognostiziert: Steigerung um 1.310 von 9.700 auf 11.010.

Für das Produkt Naturschutz und Landschaftspflege würden im Berichtszeitraum 80 % der anlassbezogenen ordnungsrechtlichen/naturschutzbehördlichen Pflichtaufgaben erledigt.

---

<sup>1</sup> Anlage 1. Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

Grund sei eine unbesetzte Teamleiterstelle. Die Vakante Planstelle werde ab dem 1. August 2017 wiederbesetzt.

Der 1. Zwischenbericht 2017 könne in ALLRIS unter VO/2017/04979 nachgelesen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 4.2.3 Borkenkäfer in Lübecker Wäldern**

Herr Sturm teilt mit, dass im Wald Strecknitzer Tannen an der Blankenseer Straße etliche vom Borkenkäfer befallene Fichten durch Mitarbeiter des Bereiches Stadtwald gefällt würden. Es handle sich hier um eine Sondersituation zur Eindämmung des Borkenkäferbefalls, die nur jetzt zielgerichtet erfolgen könne. Man rechne damit, ca. 1.500 Festmeter Fichtenholz nicht so vermarkten zu können, wie geplant. Man hoffe, dass der Ertrag zumindest den Aufwand decke. Der Verlust werde bei ca. 30 € pro Festmeter liegen.

Fragen der AM Mählenhoff und Müller beantwortet Herr Sturm.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 4.2.4 Service Stadtteilbüros**

Herr Hinsen teilt mit, dass mit dem zum 1. Juli umgesetzten Konzept erste Erfolge verbucht werden könnten. In der Zulassungsstelle gebe es faktisch keine Probleme mehr. Man könne tagesaktuell Termine bekommen. Bei den beiden Stadtteilbüros hätten sich die Wartezeiten auf einen Termin von 6 auf 8 Wochen verlängert. Die Verschlechterung habe allerdings auch mit einem neuen Service der Stadtteilbüros zu tun. Es würden Bürger angeschrieben, deren Ausweise in den nächsten Monaten ungültig würden. Daraufhin hätten viele Bürger Termine gebucht. Weiterhin solle die telefonische Erreichbarkeit des Servicetelefons verbessert werden. Zum Thema Bürgerkoffer merkt er an, dass die notwendige Software aufgespielt sei und man jetzt in die technische Erprobung gehe. In der nächsten Ausschusssitzung werde man erneut über Maßnahmen zur Serviceoptimierung berichten. Frau Sonntag ergänzt, dass 5 MitarbeiterInnen die Abteilung verlassen würden. Bis zur Wiederbesetzung dieser Stellen könnten sich die Wartezeiten auf einen Termin erneut verlängern.

Es spricht BM Klinkel.

Fragen der AM Dr. Lengen, Schubert, Wegner und Müller beantworten Frau Sonntag und Herr Hinsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 4.2.5 Stadtverordnung über öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Zur Nachfrage bzgl. einer Stadtverordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung teilt Herr Hinsen mit, dass durch Lübecker Ortsrecht, Landesgesetze, Landesverordnungen, Bundesgesetze und Bundesverordnungen schon umfassende Regelungen getroffen worden seien, auf deren Grundlage auch Ahndungen erfolgten. Die von Herrn Zahn erwähnte Verordnung der Gemeinde Wentorf wäre bei Zuständigkeit des Innenministeriums in dieser Form nicht genehmigt worden. Sie enthalte unbestimmte Rechtsbegriffe und würde letztendlich einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Sollte der Begriff „Öffentliche Ordnung“ wieder in die Landesgesetze eingeführt werden, könnte eine erneute Prüfung erfolgen. Momentan gebe es für die Wiedereinführung des Begriffs keine Anhaltspunkte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

### zu 4.3.1 Anfrage AM Rüdiger Hinrichs: Kommunale Versorgung mit Notstrom Vorlage: VO/2017/05060

1. Ist die kommunale Versorgung z.B. mit Notstromaggregaten an Pumpstationen so gesichert, dass auch bei einem längeren Stromausfall in allen Haushalten Wasser verfügbar ist?
2. Gibt es für Vorsorgepläne, und wer ist dafür zuständig? Wenn ja, wie sehen diese aus?

Herr Neumann antwortet, dass die Feuerwehr Lübeck über diverse Einsatzpläne für besondere Schadenslagen verfüge. Ein langanhaltender Stromausfall stelle ein Schlüsselszenario dar, dessen komplexe und weitreichende Auswirkungen alle Lebensbereiche betreffen würde. Der operative Katastrophenschutz könne hier zwar einen wichtigen Teil zur Bewältigung eines Stromausfalles darstellen, aber nur einen Teil der zu erwartenden Folgen überwinden. Bei diesem Schlüsselszenario sei auch der Eigenvorsorge von Einrichtungen der kritischen Infrastrukturen sowie der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung beizumessen. Staatliche Institutionen würden nicht alle Lebensbereiche in gewohnter Weise aufrechterhalten können. Stromausfall-Planungen der Feuerwehr Lübeck fokussierten sich bisher auf die Entwicklung von Maßnahmen zum Erhalt der eigenen Leistungsfähigkeit wie der Sicherstellung der Kommunikation.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **Anmerkung der Protokollführung:**

Die Antwort der Stadtwerke Lübeck wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.<sup>2</sup>

## zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

### zu 4.4.1 Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz – Einberufung eines Runden Tisches - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" VO 5030 Vorlage: VO/2017/05142

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4 mit VO Nr. 5030 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

*Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!*

#### **Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches**

*Der Bürgermeister wird beauftragt, kurzfristig einen Runden Tisch mit allen Beteiligten zur Problematik der Bauschutttaufbereitungsanlage der Firma Scheel in Kücknitz einzuberufen und über die Ergebnisse zu berichten.*

Vertagt (siehe TOP 2).

---

<sup>2</sup> Anlage 2

**zu 4.4.2 Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Travemünder Allee - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5108 Vorlage: VO/2017/05144**

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4.1 mit VO Nr. 5108 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

*Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!*

**Betrieb der Materialaufbereitungsanlage in Kücknitz - Einberufung eines Runden Tisches, Mediationsverfahren zur Bauschutt-Aufbereitungsanlage an der Travemünder Allee**

*Der Bürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Umweltministerium (MELUR) Schleswig-Holstein, bzw. dem zuständigen Ministerium in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, dass das vom MELUR in Aussicht genommene Mediationsverfahren bezüglich der Auseinandersetzungen um das Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrum an der Travemünder Landstraße durchgeführt wird.*

*Vertagt (siehe TOP 2).*

**zu 4.4.3 Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD VO 5119 Vorlage: VO/2017/05145**

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6 mit VO Nr. 5119 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

*Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!*

**Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße**

*Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen über die Auswirkungen des Betriebs des Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrums an der Travemünder Landstraße auf die Umwelt. Der Bericht soll insbesondere auf Kritikpunkte eingehen, die in dem Gutachten des „Umweltnetzwerks Hamburg - Büro für Umweltfragen“ vom Juni 2017 genannt werden. Hierzu gehören folgende Fragen:*

- Ist der Standort des MAZ mit den Kriterien der Flächennutzungsplanung verträglich?*
- Wie sind die Wasser-Versorgungs- und Entsorgungsanlagen für den Betrieb dimensioniert?*
- Ist der Schutz der benachbarten Wohnanlagen mittels Berieselungsanlagen vor Staub gewährleistet?*
- Wie wird das Grundwasser gegen Versickerung kontaminierten Wassers geschützt? Welche Art Basisabdichtung ist vorhanden? Welchen Durchlässigkeitswert hat der Untergrund?*

- Welche technischen Bestimmungen enthält das Entwässerungskonzept für das Betriebsgelände?
- Werden die Lärmgrenzwerte gegenüber den umgebenden Wohngebieten eingehalten? Wie hoch sind die Lärmemissionen und-immissionen im Einzelnen?
- Wie und in welchem zeitlichen Rhythmus erfolgt die Kontrolle der Einhaltung der Umweltauflagen?
- Wie viel Tonnen kontaminierter Schutt wird jährlich in das MAZ verbracht und wie viel LKW-Ladungen sind es?

Ferner ist eine Prüfung darüber durchzuführen, welche Möglichkeiten die Hansestadt Lübeck hat, gegen die Genehmigung des Mineralstoff-AufbereitungsZentrums (MAZ) durch das Land Schleswig-Holstein juristisch vorzugehen.

Vertagt (siehe TOP 2).

**zu 4.4.4 Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungsentrums (MAZ) - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der CDU-Fraktion VO 5121 Vorlage: VO/2017/05146**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6.1 mit VO Nr. 5121 den nachstehend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

**Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungsentrums (MAZ)**

Der Bericht des Bürgermeisters erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. Dem Ausschuss werden ferner die Genehmigungen der Stadt und des Landes zur Errichtung und zum Betrieb der MEZ zur Kenntnis gegeben. Sollte es weitere vertragliche oder ähnlicher Regelungen seitens der Stadt oder der städtischen Unternehmen die zur Errichtung und zum Betrieb einer MEZ notwendig sind existieren, werden dieses ebenfalls dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Der Bericht enthält weiterhin die Erfahrungen aus Beschwerden gegenüber der Stadt mit vergleichbaren Anlagen an anderen Standorten auf städtischem Gebiete in der Vergangenheit.

Vertagt (siehe TOP 2).

**zu 4.4.5 Lübeck auf dem Weg zur pestizidfreien Kommune -Artensterben aufhalten, Insekten schützen - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" VO 5068 Vorlage: VO/2017/05147**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.11 mit VO Nr. 5068 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

## **Lübeck auf dem Weg zur pestizidfreien Kommune -Artensterben aufhalten, Insekten schützen**

1. *Lübeck verzichtet ab sofort auf allen kommunalen Flächen, auf Kultur- sowie Nicht-Kulturland, auf den Einsatz von Pestiziden. Im Einzugsbereich von Gewässern wird ebenfalls auf Pestizideinsatz verzichtet, um einen Eintrag in die Gewässer zu vermeiden. Alternativ kommen nur die im Biolandbau zugelassenen und verwendeten Mittel zum Einsatz.*
2. *Private Dienstleistungsunternehmen und städtische Unternehmen und Beteiligungen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten oder diese besitzen, werden seitens der Verwaltung vertraglich zum Pestizidverzicht verpflichtet.*
3. *Die Stadt informiert öffentlich über den Verzicht auf Pestizide und hierzu bestehender Alternativen. Auch Besitzerinnen und Besitzer von Privatgrundstücken und Kleingärtnerinnen und Kleingärtner sollen zum Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden motiviert werden. Im Generalpachtvertrag der Hansestadt mit den Kleingärtnern wird der Verzicht auf Pestizide zum nächstmöglichen Zeitpunkt festgeschrieben.*

Frau Hartmann teilt mit, dass der Bereich Stadtgrün und Verkehr weder auf „eigenen“ Flächen noch als Servicedienstleister für Dritte (Schulen, Kitas, usw.), Pestizide einsetze. Im Bereich Lübeck Port Authority würden ausschließlich im Hafengebiet zwei Mal im Jahr Pestizide im direkten Gleisbereich (Schottergleisbett) eingesetzt, ausgenommen seien Durchlässe und befestigte Flächen. Ebenfalls würden Böschungen, die begutachtet werden müssen und von Riesenbärenklau bewachsen sind, mit einem Mittel, das speziell gegen Riesenbärenklau wirkt, behandelt.

Es sprechen die AM Otte, Dr. Lengen, Mählenhoff, Wind-Olßon, Dedow, Schubert und das Bürgerschaftsmitglied (BM) Mentz.

Herr Otte weist darauf hin, dass man sich dem Einsatz von Pestiziden, u.a. aufgrund eingeschleppter Insekten und Pflanzen, nicht grundsätzlich verschließen könne.

Frau Wind-Olßon schlägt vor, den Antrag unter der Ziffer 1 wie folgt zu ergänzen:

**„...und verwendeten Mittel zum Einsatz; in begründeten Ausnahmefällen kann von der Regelung zum Schutz der Bevölkerung abgesehen werden.“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag in ergänzter Fassung bei 14 - Ja-Stimmen, 1 - Nein-Stimme und 0 - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

**zu 4.4.6 Aktionsplan Bienenschutz für Lübeck - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 Antrag der GAL-Fraktion VO 5029 Vorlage: VO/2017/05148**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.12 mit VO Nr. 5029 den nachstehend aufgeführten Antrag der GAL-Fraktion einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

### **Aktionsplan Bienenschutz für Lübeck**

#### **Lübeck initiiert einen Aktionsplan Bienenschutz**

Neben der Honigbiene wurden in Schleswig-Holstein 296 Wildbienenarten nachgewiesen. 70 Arten davon gelten als ausgestorben, 103 Arten gelten als gefährdet, denn es fehlt ihnen an Nahrungs- und Nistplätzen. Da von diesen teilweise spezialisierten Wildbienenarten auch die Bestäubung und das Fortbestehen bestimmter Pflanzenarten abhängig ist, initiiert Lübeck

einen Aktionsplan Bienenschutz, der die Lebensräume und Lebensbedingungen für Bienen und andere bestäubende Insekten in Lübeck verbessert. Der Aktionsplan Bienenschutz nimmt bereits bestehende Initiativen der Unteren Naturschutzbehörde der Hansestadt Lübeck mit auf (z.B. Essbare Stadt) und entwickelt diese entsprechend der vorgeschlagenen Maßnahmen weiter.

### **Vorschläge für zu ergreifende Maßnahmen sind:**

#### 1. Flächen für Bienenschutz

- *Flächen, die sich potentiell für Wildbienenschutz eignen, werden entsprechend hergerichtet und gepflegt. Hierbei ist darauf zu achten, dass unterschiedliche Nistmöglichkeiten und Nahrungsquellen nah beieinander liegen, da Wildbienen bei der Nahrungssuche für ihre Brut lediglich einen Kilometer zurücklegen.*
- *Bei Ausgleichsflächen wird verstärkt auf Bienentauglichkeit geachtet und solche Flächen entsprechend gestaltet, wie dies zum Teil bereits geschieht.*
- *Es wird eine Kartierung vorgenommen, die aktuelles Wildbienenvorkommen und potentielle Wildbienenlebensräume erfasst. Aufgrund der Datenlage werden zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Nahrungs- und Nistplatzangebote ergriffen.*
- *Dort, wo Wildbienen vorkommen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind, kann mit Beschilderung und einem „Musterinsektenhotel“ über die wilden Verwandten der Honigbiene informiert werden, so wie dies bereits im Lübecker Schulgarten der Fall ist.*
- *Es wird zukünftig darauf geachtet, neue Bienenstände nicht in unmittelbarer Nähe von Wildbienen vorkommen zu errichten (staatenbildende Honigbienen sind als Generalisten, die bei der Nahrungssuche bis zu zehn Kilometer weit fliegen gegenüber der Wildbienen im Vorteil).*
- *Straßenbegleitgrün wird in verstärktem Maß zu Flächen mit nektarreichen Blühmischungen (Buntflächen) umgewandelt.*
- *Randstreifen an Wanderwegen sollen zukünftig in Blühstreifen umgewandelt werden.*
- *Es wird geprüft, ob in Park- und öffentlichen Grünanlagen ausgewählte Bereiche großflächig in Blumenwiesen umgewandelt werden können. Hier werden Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern einbezogen.*
- *Es wird eine bebilderte Pflanzenliste mit bienenfreundlichen Blütenpflanzen zusammengestellt, die bei allen zukünftigen Neu- und Umbaumaßnahmen der Stadt Lübeck und deren Gesellschaften Berücksichtigung finden. Diese Liste wird auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck unter der Rubrik „Bienen“ veröffentlicht (siehe Punkt 2. Öffentlichkeitsarbeit) und auch Wohnungsbaugesellschaften als Empfehlung zur Verfügung gestellt.*
- *Kleingärtner und Kleingärtnerinnen sollen ermuntert werden, sich für den Erhalt und die Förderung der Bienen zu engagieren, indem sie ihre Kleingärten bienenfreundlich gestalten. Die Akzeptanz für Wildblumen und -sträucher in Kleingartenanlagen soll gefördert werden, z.B. durch Ausweisung von „Wildnisparzellen“ auf brach gefallenen Kleingartenparzellen. Es werden in Kooperation mit den Kleingartenvereinen Schulungen für bienenfreundliche Maßnahmen in Kleingärten angeboten.*
- *Es ist, wie bereits von der UNB standardmäßig gefordert, auf die Verwendung von Regiosaatgut zu achten, was ab 02.03.2020 lt. § 40 Abs. 4 BNatSchG verbindlich vorgeschrieben wird. Von besonderer Bedeutung ist, dass das Saatgut nicht mit Neonicotinoiden belastet ist, da diese die Insekten vergiften.*

- Für die neuen Buntflächen wird ein Pflegekonzept entwickelt, in dem die erforderlichen Pflegearbeiten, der Zeitpunkt und der Maschineneinsatz festgelegt werden. Wo es sich anbietet, sollen Blühstreifen und Saumstrukturen auch im Winter stehen bleiben, da Halme und Stengel Insekten als Überwinterungsplatz dienen, Vögeln und Kleinsäugetieren Deckung bieten.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Grünflächenamts werden im Rahmen von Schulungen über die Bedeutung der neuen Buntflächen und deren Pflege informiert.

## 2. Öffentlichkeitsarbeit:

- Auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck wird eine Rubrik „Bienen“ entstehen, unter der sich Bürgerinnen und Bürger über den Aktionsplan informieren können und erfahren, wie sie sich selbst engagieren können.
- Bürgerinnen und Bürger sollen ermuntert werden, sich für den Erhalt und die Förderung der Bienen zu engagieren, indem sie im Garten oder auf dem Balkon geeignete Blumen pflanzen. Auch soll es niedrigschwellig möglich sein, Patenschaften für bestimmte öffentliche Flächen vor dem Wohnhaus, für Baumscheiben oder andere geeignete öffentliche Plätze zu übernehmen.
- Es wird ein Flyer gestaltet, auf dem die Informationen und Fakten zusammengefasst sind, wie jeder Einzelne einen Beitrag für die Bienen leisten kann.
- Wenn bienenfreundliche Flächen ausgewiesen werden, wird über Pressemitteilungen darüber informiert.
- In Kooperation mit dem Museum für Natur und Umwelt (das zu einem Umweltbildungszentrum ausgebaut wird) werden regelmäßige Informationsveranstaltungen durchgeführt.
- Wünschenswert wäre es, wenn die Stadt den Bürgerinnen und Bürgern ein Kontingent an Blümmischungen zur Verfügung stellen könnte. Die Kosten hierfür könnten bei einer dem Sinn entsprechende Stiftung beantragt werden.

**Grundsätzlich soll bei dem Aktionsplan darauf geachtet werden, dass Nahrungsquelle und vielfältige Nistmöglichkeiten nah beieinander liegen und nektarsaugenden Insekten über die gesamte Vegetationsperiode ein reichhaltiges Blütenangebot zur Verfügung steht. Das möglichst heimische Saatgut darf nicht durch Neonicotinoide (synthetisch hergestellte hochwirksame Insektizide) belastet sein.**

Der Antragstext mit seinen Ausführungen ist sehr stark an den „Kieler Aktionsplan Bienenschutz“ von 2014 angelehnt.

Es sprechen das BM Mentz sowie die AM Dr. Lengen, Wind-Olßen und Mählenhoff.

Herr Hinsen teilt mit, dass der Antrag begrüßenswert sei. Jedoch gebe es mit dem vorhandenen Personal nur sehr beschränkte freie Kapazitäten für eine Umsetzung. Die Maßnahmen würden eine intensive Kooperation mit Bereichen, die selber Flächen verwalten und pflegen, erfordern. Außerdem wären zusätzliche finanzielle Mittel, z.B. für die Vergabe von externen Aufträgen, für Planung und Neuanlage von Blühstreifen an Wanderwegen, für die Neuanlage von Wildblumenwiesen auf öffentlichen Grünflächen, erforderlich.

Der Ausschuss stellt klar, dass eine sofortige Umsetzung nicht erwartet wird.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei **15** - Ja-Stimmen, **0** - Nein-Stimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

## zu 5 Anträge

### zu 5.1 AM Hans-Jürgen Schubert (GAL): Umsetzungsstand Stellenbesetzung und Einführung Bürgerkoffer Vorlage: VO/2017/05130

*Dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung möge in jeder Sitzung über den Umsetzungsstand*

- a) *der Einstellungsverfahren für die acht zusätzlichen Mitarbeiter\*innen im Bereich Zulassungsstelle und Meldewesen sowie*
- b) *des Verfahrens zur Einführung eines Bürgerkoffers bis zu dessen Funktionsfähigkeit*

*berichtet werden.*

Aufgrund der Berichterstattung unter dem TOP 4.2.4 betrachtet der Ausschuss den Antrag einstimmig bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen in der Umsetzung und als erledigt.

### zu 5.2 AM Hans-Jürgen Schubert (GAL): Wildblumenwiese an der Drehbrücke Vorlage: VO/2017/05131

*Im Zuge der Umbaumaßnahmen an der Untertrave/Drehbrücke ist geplant, die Wildblumenwiese, die dem Projekt ‚Wildblumen in der Stadt‘ zugesichert war, zu entfernen und die Fläche zu versiegeln.*

*Der Ausschuss möge beschließen, dass für die verloren gehende Wildblumenwiese zum Ausgleich auf einer anderen mindestens gleich großen Fläche im Innenstadtbereich Wildblumen ausgesät werden. Das Projekt ‚Wildblumen in der Stadt‘ wird bei der Suche und Auswahl der Fläche(n), bei der Auswahl der Saat und Absprache der Pflegemaßnahmen einbezogen.*

*Ferner möge berichtet werden, was mit den Bäumen vor Schuppen 6 passieren wird, wenn der Umbau des Platzes vor der Drehbrücke vollzogen wird.*

Es sprechen das AM Mählenhoff und das BM Mentz.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 8 - Jastimmen, 7 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

## zu 6 Vorlagen

### zu 6.1 Ersatzbeschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs für die Feuerwehr Vorlage: VO/2017/05085

#### **Beschlussvorschlag:**

*Auf der Grundlage eines erfolgten Ausschreibungsverfahrens wird ein 3. Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug für die Berufsfeuerwehr beschafft.*

Fragen von Herrn Müller beantwortet Herr Neumann.

Der Ausschuss empfiehlt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

## zu 7 Berichte und Antworten

### zu 7.1 3. Zwischenbericht 2016 und Jahresbericht 2016 zu den Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten Vorlage: VO/2017/04978

Eine Nachfrage von Herrn Müller beantwortet Herr Neumann.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

### zu 8.1 Anfrage Frau Mählenhoff - Bauschutt Volksfestplatz

1. Handelt es sich um reinen Bauschutt, Steine, Beton u.ä Material? oder ist es vermischt mit anderen Abfällen - Metalle, Bleirohre, Kabel, Glas?
2. Wird beim Ausbau geprüft, ob der Schutt belastet ist?
3. Wohin wird das ausgebaute Material gebracht?

Die Antwort wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.<sup>3</sup>

### zu 8.2 Anfrage AM Mauritz - G20 Vorlage: VO/2017/05162

#### **Anfrage an den Polizeibeirat**

*Liegen der Polizei Erkenntnisse vor, dass von der „Walli“ in Lübeck aus Demonstrationen und Aktionen als Protest gegen den G20 Gipfel in Hamburg geplant, organisiert und angemeldet wurden?*

*Ging von diesen angemeldeten bzw. unterstützten Aktionen/Demonstrationen Gewalt gegen Polizisten aus?*

*Wurden im Zuge dieser angemeldeten bzw. unterstützten Aktionen/Demonstrationen Sachbeschädigungen und ähnliches durchgeführt?*

Die Beantwortung erfolgt in der Sitzung mit dem Polizeibeirat.

### zu 8.3 Anfrage Frau Menorca - Aufgabenverteilung Polizei/Kommune

Frau Menorca bezieht sich auf die Sitzung des Ausschusses vom 20.06.2017 TOP 3.1.1, wonach von der Polizei polizeifremde Aufgaben durchgeführt würden. Sie fragt nach, wer diese Aufgaben vorher gemacht habe.

Laut Herrn Hinsen gibt es eine grundsätzliche Aufgabentrennung von Polizei und Kommune. Dies sei aber eine Frage der Gefahrenabwehr, somit Aufgabe von Polizei und Ordnungsbehörden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

<sup>3</sup> Anlage 3

**zu 8.4 Anfrage Frau Menorca - Zugang zu verschlossenen Grundstücken (Einsatz Feuerwehr)**

Frau Menorca berichtet über einen Einsatz in der Marquardstraße. Dort musste erst ein Tor geöffnet werden, um Zugang zum Grundstück zu erhalten. Sie fragt nach, ob für die Feuerwehr und den Rettungsdienst der Zugang zu verschlossenen Grundstücken (Tore, Schranken) sichergestellt sei. Herr Neumann antwortet, dass es auf jedem Einsatz- und Rettungsfahrzeug einen Schlüssel gebe, der bei fast allen Schlössern passe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Gemäß Beschlussfassung (siehe TOP 2) wird kein nichtöffentlicher Teil der Sitzung hergestellt.*

Öffentlicher Teil:

**zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Herr Schubert schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Lübeck, den 21. Juli 2017

Hans-Jürgen Schubert  
Vorsitzender

Maik Schneider-Wendt  
Protokollführung